



WWF Graubünden

Oberalpstr. 2
Postfach 747
7002 Chur

Tel.: + 41 81 250 23 00
Fax: + 41 81 250 23 11
info@wwf-gr.ch
www.wwf.ch
www.panda.org
PC: 70-2633-6

Medienmitteilung

Chur und St. Gallen, 13. Mai 2011

Ein Entscheid des Europäischen Gerichtshofs stärkt die Umweltverbände im Kampf gegen Kohlekraftwerke

Mit einem aktuellen Urteil hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg die Klagerechte von Umweltverbänden gegen industrielle Grossvorhaben wie Kohlekraftwerke gestärkt. Für die Kohlekraftwerke der Repower wird die Luft immer dünner.

Hintergrund des Grundsatzurteils des Europäischen Gerichtshofes ist eine Klage des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gegen das in Bau befindliche Trianel-Steinkohlekraftwerk im nordrhein-westfälischen Lünen. Nach deutschem Recht war die gerichtliche Kontrolle bislang auf die Verletzung von persönlichen Rechten betroffener Bürger begrenzt. Gemäss dem Europäischen Gerichtshof widerspricht dies jedoch europäischem Recht, das ein Klagerecht für alle umweltrelevanten Vorhaben vorsieht, auch für solche welche die Interessen der Allgemeinheit tangieren. Die EU-Mitgliedsstaaten müssen der Öffentlichkeit eine umfassende gerichtliche Überprüfung von umweltrelevanten Grossprojekten wie Kohlekraftwerke ermöglichen.

Gemäss Jürgen Quentin, Leiter der Anti-Kohle-Kampagne bei der Deutschen Umwelthilfe, werden die Klagerechte der Umweltverbände dank diesem Entscheid generell gestärkt. „Genehmigungen für umwelt- und klimaschädliche Kohlekraftwerke, wie das Kraftwerksprojekt in Brunsbüttel werden künftig vollumfänglich einer gerichtlichen Überprüfung unterzogen.“ Die Deutsche Umwelthilfe klagt bereits gegen die Bauzulassung für das Brunsbütteler Kraftwerk und wird demnächst eine weitere Klage gegen die immissionsschutzrechtliche Teilgenehmigung einreichen. „Wir sind zuversichtlich, den juristischen Kampf gegen Europas größtes Steinkohlekraftwerk zu gewinnen, denn die geplante Anlage verstößt gegen mehrere europäische und nationale Rechtsvorschriften zum Schutz von Gewässern und Natur“, so Quentin.

Für die Kohlekraftprojekte der Repower wird die Luft damit dünner, denn durch jahrelange Gerichtsverfahren erhalten die Milliardeninvestitionen keine Rechtssicherheit. „Die Gefahr, dass aus den Projekten unrentable Investitionen werden ist groß“, so Anita Mazzetta, Geschäftsleiterin WWF Graubünden. Mazzetta ruft die Repower und Bündner Regierung auf, endlich von den Kohlekraftprojekten in Brunsbüttel und Saline Joniche Abstand zu nehmen und stattdessen in klima- und umweltverträgliche Energieerzeugung zu investieren. Genau dies fordert der WWF Graubünden mit 13 weiteren Partnern mit einer kantonalen Initiative. Die Unterschriftensammlung läuft seit Mitte Februar. Nach zwei Monaten ist bereits mehr als die Hälfte der 4000 nötigen Unterschriften zusammen.

Auskunft:

Schweiz:

Anita Mazzetta, Geschäftsführerin WWF GR, Chur
Telefon: 081 250 23 00; E-Mail: info@wwf-gr.ch

Martin Zimmermann, Geschäftsführer WWF SG, St. Gallen
Telefon: 071 223 29 30
E-Mail: martin.zimmermann@wwf-sg.ch

Deutschland:

Jürgen Quentin, Deutsche Umwelthilfe e.V., Berlin
Telefon: +49 30 240 086795; Mobil: +49 151 145 63676
E-Mail: quentin@duh.de